



Der Wert der Familie sollte in der Ausübung des Gemeinderatsmandates besser berücksichtigt werden. Eine Teilzeitarbeit, wie sie von der Initiative verlangt wird, würde mehr Zeit für die Familie bedeuten.

Volksinitiative zur Professionalisierung des Gemeinderates (zurückgezogen)

Eingereicht von der FDP mit 1'082 beglaubigten Unterschriften

Das Initiativbegehren lautet wie folgt

- Schaffung von Rahmenbedingungen für eine schlanke Führungsorganisation für die Stadt Burgdorf
- 5 statt 7 Gemeinderäte inklusive Stadtpräsident
- Steigerung der Attraktivität des Gemeinderates durch Schaffung von Stellenprozenten anstatt Nebenamt
- Berücksichtigung von veränderten Aufgaben
- Breite politische Diskussion -> Verlängerung der Amtsdauer um 1 Jahr

Die Arbeit des Gemeinderates soll professionalisiert werden. Wie bisher soll der Gemeinderat die Zuteilung der Direktionen unter sich verteilen. Er soll den Stadtrat davon in Kenntnis setzen.

Der Stadtrat würde die Pensen und Entschädigungen mittels Reglement festlegen. Der Gemeinderat wäre nach dem Mehrheitsprinzip (Majorz) zu wählen.

Folgende Argumente werden angeführt:

- Mit den Arbeitspensen werde die Arbeit gerecht verteilt.
- Die Arbeit könne effizienter geleistet werden.
- Majorzwahlen würden auch für kleine Parteien eine Chance bieten.
- Mit der Verlängerung der Amtszeit bis 2009 könnte alles Notwendige vorbereitet werden.

Der Gemeinderat nimmt dazu gegenteilige Stellung und lehnt die Initiative ab

7 Gemeinderäte seien die angemessene Zahl für Burgdorf (beim Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Bern). Burgdorf «würde Neuland betreten». Die Entschädigungskosten würden stark ansteigen. Die Massnahme sei gar keine Chance für kleinere Parteien. Der Zeitpunkt sei zu nahe vor den Wahlen (am 1. Juni kann die Abstimmung über diese Initiative stattfinden). Dies schaffe Unsicherheiten. Nur 54 Monate zuvor habe das Stimmvolk Nein zu 5 statt 7 Gemeinderäten gesagt.

Der Gemeinderat schlägt Alternativen vor: Das Gemeinderatsmodell soll in der kommenden Legislatur durch eine speziell gebildete Kommission überprüft werden.

Standpunkt der EDU

Die EDU befürwortet prinzipiell die Anliegen der Initiative. Der Wert der Familie sollte in der Ausübung des Gemeinderatsmandates besser berücksichtigt werden. Eine Teilzeitarbeit, wie sie von der Initiative verlangt wird, würde mehr Zeit für die Familie bedeuten.

Wir legen Wert auf die grundlegende Diskussion, welche durch die zu bildende Kommission nun aufzunehmen ist.

Verlauf an der Stadtratssitzung

Die Mehrheit des Stadtrates folgt den Argumenten des Gemeinderates. Die Volksinitiative wird dem Stimmvolk zur Ablehnung empfohlen. Je nach Ausgang der Abstimmung wird früher oder später eine Spezialkommission eingesetzt, welche die Reform der Gemeinderats- Tätigkeit an die Hand nehmen soll. In der Kommission

vertreten sein soll je ein Mitglied des Stadtrates aus jeder Partei, 3 Mitglieder des Gemeinderates sowie 3 Vertreterinnen bzw. Vertreter aus der Verwaltung, letztere allerdings ohne Stimmrecht - so will es der Stadtrat entgegen der Meinung des Gemeinderates.

Die Kommission soll 2 Modelle, eines mit 5 und eines mit 7 Gemeinderäten erarbeiten. Die Erkenntnisse sollen in die Gemeindewahlen erst im Jahr 2012 einfließen. Der Stadtrat soll darüber erstmals im Juni 2010 in Kenntnis gesetzt werden. Die Kommission soll ihm dann auch Empfehlungen abgeben.

Die FDP hat die Initiative zurückgezogen.

Die FDP hat die Initiative zurückgezogen.

Gemeinderatsreform (aus dem Geschäftsbericht für 2009)

Die dafür eingesetzte Kommission hatte die Gemeinderatsreform beraten und stellte dem Stadtrat in ihrem Bericht verschiedene Anträge.

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Details

- Die Zuständigkeit zum Entscheid über die Führungsstruktur wird weiterhin beim Gemeinderat belassen.
- Der Gemeinderat ist für die Zuweisung der Aufgaben zu den Ressorts selbständig verantwortlich. Für jedes Ressort muss er ein Pflichtenheft festlegen.
- Die Arbeitslast muss möglichst gleichmässig verteilt und entsprechend Belastung abgegolten werden.
- Die Geschäftsordnung des Gemeinderates muss revidiert werden mit dem Ziel, die Gemeinderatsmitglieder zu entlasten.
Diese Punkte waren für die EDU unbestritten.
- Das Modell B (7 Gemeinderatsmitglieder mit Ressorts) wird im Rahmen des Berichts umgesetzt. Die EDU hatte sich damals für einen fünfköpfigen Gemeinderat stark gemacht, damit die einzelnen Gemeinderatsmitglieder wieder vermehrt für ihre Familien Zeit haben würden.
- Der Bericht sah 100 Stellenprocente für die 6 Gemeinderatsmitglieder vor (der Stadtpräsident hat ein 100% Amt). Jeder Gemeinderat bekleidet ein Amt mit 12 Stellenprozenten (rund 25'000 Fr. Bruttogehalt) plus einem Anteil der übrig bleibenden 28 Stellenprocente je nach Belastung. Nach Ansicht der EDU liegt der vorgesehene Gehalt an der oberen Grenze.
- Der Umsetzung wird wie vorgeschlagen zugestimmt. Die angepasste Verwaltungsstruktur sowie die Begründung für die vom Gemeinderat gewählte Führungsstruktur ist dem Stadtrat in der Infoveranstaltung von August 2011 vorzulegen.